

# Die Feder

Zeitung für politische Diskussion

– Politik, Tim Fischer, Berlin, 17. April 2008 –

## Was spricht gegen Ordnungspolitik?

Politik machen bedeutet praktisch etwas zu regeln. Da scheint es naheliegend neue Regeln aufzustellen, also Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die gewisse Dinge verbieten oder Grenzen setzen, in denen etwas zu geschehen hat. Etwas anschaulicher wird das ganze durch ein Beispiel: Weil viele Menschen gerne in einem kleinen Waldstück spazieren gehen, ist dieser in seinem Bestand bedroht. Der Gesetzgeber legt nun eine Höchstgrenze an Stunden fest, bis zu der sich jede Person in diesem Waldstück aufhalten darf. So kann der Überbeanspruchung wirkungsvoll entgegengetreten werden.

Dieses Instrument hat den Vorteil, dass es formal gerecht ist, da es alle Menschen gleich behandelt. Und hier beginnen bereits die Probleme. Denn derjenige, der zum Zeitvertreib dort spazieren geht, wird genauso behandelt, wie derjenige, der auf diesen Ort angewiesen ist, etwa weil er als Lungenkranker die sauberer Luft benötigt oder weil er ein wissenschaftliches Interesse hat. Üblicherweise wird diesem Problemen durch Ausnahmeregelungen begegnet. Bürokratie entsteht meist nicht aus der Sorglosigkeit von Gesetzgebern, sondern aus dem Wunsch heraus ungünstige, teils unerträgliche Zustände zu beheben.

Das Problem mit diesem ordnungspolitischen Ansatz ist jedoch noch viel größer. Nehmen wir an, es gibt keine kranken Menschen, so dass sich das Problem von sauberer Luft nicht ergibt. Dennoch sind die Menschen unterschiedlich. Mit dieser Regelung, darf ein Waldliebhaber nicht mehr wandern als derjenige, der es sowieso niemals tun würde. Eine starre Regelung kann nicht die individuelle Wertschätzung berücksichtigen. D.h. die Regelung trifft die Menschen unterschiedlich hart. In diesem Beispiel können die Menschen noch nicht einmal untereinander handeln um die Wertschätzung auszugleichen.

Nun werden viele sagen, dass dies nicht zu ändern und daher in Kauf zu nehmen sei. Doch hier irren sie und gerade deshalb ist dieser strenge ordnungspolitische Ansatz in den meisten Fällen abzulehnen. Denn es gibt einen alternativen Ansatz, mit dem die

Ziele erreicht werden und die Einschränkungen für die Menschen geringer ausfallen: Der marktwirtschaftlicher Ansatz. An dieser Stelle werden viele linkspolitisch orientierte Menschen Teufelszeug vermuten, doch bitte ich mir noch ein Stück zu folgen. Es wird sich zeigen, dass selbst die Armen und Schwachen von diesem Ansatz profitieren können.

Der Marktwirtschaftliche Ansatz geht nicht von einem strengen Verbot aus, sondern er erhebt eine Steuer auf den Verbrauch der zu schützenden Sache. In unserem Beispiel bedeutet dies, dass für den Zugang zu dem Wald Eintritt genommen wird. Um sozialen Bedenken entgegenzutreten, könnte hier sogar ein ermäßigter Tarif angeboten werden. Mit steigendem Preis ist zu erwarten, dass die Nachfrage zurück geht. Der Clou ist, dass zuerst diejenigen, denen der Waldbesuch ohnehin nicht so wichtig ist, als erstes fernbleiben werden, so dass sich die begrenzten Ressourcen auf die verteilen, die sie wirklich zu schätzen wissen. Dass Einnahmen erzielt werden ist dabei zweitrangig. Diese könnten gleichmäßig wieder ausgeschüttet werden. Eine noch stärkere Beschränkung des Zuganges (zum Wald) erfolgt dann über eine Erhöhung der Preise.

Nun höre ich schon die Kritik, dass sich superreiche praktisch unbegrenzten Zugang (zum Wald) leisten könnten, während arme trotz Sozialtarif nur wenig Wald sehen werden. Diese Kritik trifft aber den Ansatz selbst nur zum Teil. Denn er ist Systemimmanent, also mit unserem Wirtschaftssystem implizit akzeptiert. Es stellt sich auch die Frage, ob das Ergebnis tatsächlich so ist, dass im Wald dann nur noch Reiche rumlaufen - ich zumindest bezweifele das. Aber ganz unabhängig davon hat der Gesetzgeber nur die Wahl zwischen zwei Alternativen, wenn er einen bestimmten Güterverbrauch beschränken will. Entweder er stellt alle Menschen formal gleich und nimmt in Kauf, dass Menschen denen es sehr sehr wichtig ist genauso beschränkt werden wie diejenigen, denen es unwichtig ist. Oder er nimmt in Kauf, dass sich reiche Leute mehr leisten können, als andere.

Ich bin der Meinung, der Ausgleich zwischen Arm und Reich gehört in die persönliche Besteuerung. Die Allokation von Gütern (als auch der Zugang zum Wald) sollte so flexibel gelöst werden, dass diejenigen die diese Güter besonders wertschätzen, diese auch erhalten.